

Corona und die Krise der sozialwissenschaftlichen Forschung

Einrichtung eines Forums auf dem SozBlog der DGS

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der mit dem Coronavirus begründete *lockdown* des gesellschaftlichen Lebens hat auch zu einem Stillstand fast *jeder* Art von »kontaktgebundener« Sozialforschung geführt – unabhängig davon, ob sie qualitativ/interpretativ oder quantitativ vorgeht. Hiermit möchte ich Sie darüber informieren, dass sich der Vorstand der DGS einstimmig dafür ausgesprochen hat, auf der Homepage der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ein Forum zu diesem Thema einzurichten. Seit 22. Mai 2020 werden dort auch schon Beiträge gepostet.

In dem Forum sollen Interessierte alle dringenden praktischen, methodischen, methodologischen, ökonomischen und rechtlichen Probleme von Sozialforschung, die mit der neuen Situation einhergehen, ansprechen und diskutieren können. Zeit zu warten, haben alle, die gerade in Forschungsarbeiten stecken, nämlich nicht.

Ein Beispiel aus meiner eigenen Forschung zeigt das Besondere der aktuellen Lage sehr deutlich: Wir untersuchen in einem DFG-Projekt mittels *beobachtender Teilnahme*, wie sich das Kommunikationsverhalten von Familien verändert, in denen ein Mitglied mit der Diagnose Demenz leben muss. Zu diesem Zweck begleiten wir die Familien über mehrere Jahre in drei Untersuchungswellen. Der Beginn der dritten und abschließenden Welle stand März/April an. Und dann kam Corona. Natürlich stellten wir sofort alle Beobachtungen ein. Stattdessen widmeten wir uns der gemeinsamen Video-Interpretation der bereits erhobenen Daten (Memos, Videos, Gespräche etc.).

Um die noch ausstehende dritte Beobachtungswelle irgendwann durchführen zu können, fragten wir beim Gesundheitsministerium und dem Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen an, ob es vertretbar ist, dass wir die Familien zu einem späteren Zeitpunkt erneut besuchen, und regten an, dass wir uns im Vorfeld dieser Besuche auf Corona testen lassen könnten. Der Bescheid des Landesentrums Gesundheit NRW war eindeutig: Man teilte uns mit, dass der Besuch von vulnerablen Personengruppen sowohl im Pflegeheim als auch in Privatwohnungen vorerst *untersagt* sei. Zum zweiten beschied man uns, dass diese Art der Forschung *nicht systemrelevant* ist – somit wir also nicht mit einer Testung rechnen dürften.

Ein solcher Bescheid ist angesichts der aktuellen Situation sicher nachvollziehbar. Schon schwieriger zu verstehen ist die Tatsache, dass auf Amtsebene entschieden wird, welche Forschung systemrelevant ist und welche nicht. Der Bescheid hätte sicherlich ein anderes Ergebnis gehabt, hätten wir untersuchen wollen, wie hoch die Infektionsrate in Familien mit älteren Familienmitgliedern bereits ist. Aber das ist nicht wirklich der Punkt, um den es mir geht.

Mir geht es darum, dass *alle Forschungsarbeiten* – seien es Examensarbeiten, seien es Promotionen und Habilitationen, seien es drittmittelgeförderte Projekte aller Art oder private Vorhaben – in den nächsten Wochen und Monaten, möglicherweise in den nächsten Jahren keine Untersuchungsmethoden anwenden dürfen, die einen Kontakt zu den Untersuchten zur Voraussetzung haben. Damit wäre jede Art von Interviews, von Fokusgruppen, von teilnehmender Beobachtung und beobachtender Teilnahme in nächster Zeit ausgeschlossen. Auch wenn sich manches auf Online-Betrieb umstellen lässt, verändert das die Praxis der Sozialforschung massiv.

Dies auch, weil nicht nur Formen der Datenerhebung, sondern auch der Datenauswertung betroffen sind: So müssen alle Formen der *gemeinsamen* Datenauswertung ausfallen oder aber sie müssen auf mindergute Formen der gemeinsamen Auswertung per Videokonferenz umgestellt werden.

Daraus ergibt sich eine Fülle von Fragen. Vordringlich sind sicher Fragen nach der *finanziellen* oder *rechtlichen* Weiterführung der Projekte. Was passiert mit Projekten, die gerade angefangen haben und ihre Forschung nicht durchführen können? Was passiert mit Projekten, die mitten in der Arbeit sind? Wie sieht es mit Projektverlängerungen aus, wie mit der Finanzierung der Mitarbeiter*innen? Was wird aus den Magisterarbeiten, Dissertationen und Habilitationen? Hier sind sicherlich die jeweiligen Drittmittelgeber, die Universitäten aber auch die jeweiligen Fachverbände gefragt. Die DFG hat schon sehr früh reagiert und aufwandsarme Verlängerungen (um drei Monate) in Aussicht gestellt. Doch wie wird das konkret aussehen?

Der nächste Fragenkomplex adressiert erkenntnistheoretische Fragen: Wie verändert sich kurz- bis mittelfristig die Datenerhebung (digital, online) und welche Folgen hat die Kontaktlosigkeit für die Güte von Forschung? Welche digitalen Infrastrukturen benötigt man (im Institut und bei den Untersuchten), um eine solche Forschung zu betreiben? Wer finanziert das? Wie verändert sich die Auswertung und welche Folgen hat das für den Erkenntniswert der Forschung?

Auch wir haben im unserem Demenz-Projekt bereits Pläne, unsere Feldbeobachtungen teilweise durch lange Videokonferenzen zu ersetzen: Wir wollen, mit geeigneten Plattformen, bei Kaffee und Kuchen über längere Zeit mit den untersuchten Familien virtuell zusammen sitzen und uns unterhalten, virtuell zusammen essen und trinken und das tun, was sich in einem solchen Setting so tun lässt (was nicht viel ist). Natürlich ist das keine beobachtende Teilnahme mehr und natürlich ist das Medium hier mehr als nur der Vermittlungs- und Transportkanal. Aber wie wirkt sich solch ein Setting, oder allgemeiner: Wie wirkt sich die Digitalisierung der Datenerhebung auf den Erkenntnisgewinn aus? Wie verändert das die Beziehung zwischen Forscher*innen und Untersuchten? Von welcher Qualität sind die Daten? Welche ethischen Überlegungen sind hier zu berücksichtigen?

Fräglich werden auch kontaktgebundene Formen der Auswertung dieser Daten, da auch hier damit gerechnet werden muss, dass in nächster Zeit Gruppeninterpretationen vorerst nur unter erschwerten Verhältnissen möglich bzw. unmöglich sind. Unsere aktuell gemachten Erfahrungen mit gemeinsamen Video-Interpretationen zeigen zwar, dass das im Prinzip geht. Aber die gemeinsame Auswertung von Daten (zum Beispiel Videos), weist – sofern die Software und die jeweiligen Bandbreiten der Provider es zulassen – Besonderheiten auf, welche die Forschung sehr viel zeitraubender, anstrengender und weniger effektiv machen.

Fragen genug also, deren Klärung nicht darauf warten kann, dass sie auf Tagungen oder in Zeitschriftenartikeln diskutiert werden. Das Forum *Corona und die Krise der empirischen Sozialwissenschaft*, in dem diese Diskussion zeitnah, virtuell und öffentlich geführt werden kann, ist jetzt online – und zwar unter folgender Adresse: <http://blog.sozioologie.de/community/>.

Hier können zentrale Informationen über neue Möglichkeiten von Forschung unter Coronabedingungen ausgetauscht werden. In dem Forum habe ich bislang vier Unterforen eingeführt.

Das erste Unterforum soll sich mit *Methoden der Datenerhebung* beschäftigen. Gefragt sind Beiträge, die sich mit coronabedingten Problemen der empirischen Sozialwissenschaft beschäftigen – aber auch mit möglichen Lösungen, neuen Ideen, neuen Medien der Datenerhebung. Hier können auch Beiträge gepostet werden, die die damit einhergehenden erkenntnistheoretischen Probleme/Lösungen adressieren.

Das zweite Unterforum soll *Methoden der Datenauswertung* fokussieren. Gefragt sind zum Beispiel Beiträge, die thematisieren, welcher Stellenwert digitalen Daten zukommt, wie man in der Forschergruppe mittels Video- oder

Telefonkonferenzen sinnvoll, effektiv und angemessen gemeinsam auswerten kann, wie man innerhalb eines Forscherteams medial über Forschung, aber auch um über den Zusammenhalt der Gruppe diskutiert.

Das dritte Unterforum soll thematisieren, wie die *Berufs- und Ausbildungskarrieren* durch die Krise kurz-, aber auch mittel- und langfristig betroffen sind. Gefragt sind hier zum Beispiel Beiträge, die diskutieren, unter welchen Voraussetzungen man Forschungsprojekte wie verlängern kann, wie Arbeitsverträge angepasst oder neu ausgestellt werden können und was mit laufenden Berufungsverfahren, Masterarbeiten, Promotionen oder Habilitationen ist.

Im vierten Unterforum sollen Fragen der *Forschungsethik und einer (neuen) Forschungshygiene* diskutiert werden: Wann darf man wieder ins Feld und unter welchen Bedingungen? Gibt es hierfür institutionelle Lösungen, so zum Beispiel ein systematisches Testen der Forscher*innen vor Kontakten? Unter welchen Umständen kann dann Forschung stattfinden? Müssen Masken getragen, der Abstand gewahrt und die Hände desinfiziert werden? Und was bedeutet das für die Daten und deren Qualität?

Wenn Sie zu dem Forum oder zu einem der Unterforen oder verwandten Themen etwas beisteuern wollen, seien es Fragen, Problematisierungen, neue Ideen, Lösungen oder Hinweise auf die Erfahrungen anderer, dann sind Sie herzlich eingeladen, das zu tun. Natürlich können auch weitere Unterforen und Themen eingerichtet werden.

In der Hoffnung, dass es zu einem regen Austausch kommt, verbleibe ich mit kollegialen Grüßen

Jo Reichertz

Digitaler DGS-Kongress 2020

Liebe Mitglieder der DGS, liebe Mitglieder des Konzils,
liebe Sprecherinnen und Sprecher der Sektionen und Arbeitsgemeinschaften,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir danken Ihnen allen für die erbrachte Geduld, die wir Ihnen in den letzten Wochen abverlangt haben. Die aktuelle Krisen-Situation erlaubt es uns nicht, den Kongress als Präsenzveranstaltung in Berlin durchzuführen. Wir bedauern das außerordentlich. Zugleich freuen wir uns, mitteilen zu können, dass der diesjährige DGS-Kongress zum Thema ›Gesellschaft unter Spannung‹ vom 14. bis 25. September 2020 aufgrund der Pandemie in digitaler Form stattfinden wird. Die allermeisten Formate können voraussichtlich realisiert werden, sofern die Vortragenden und die Verantwortlichen der zahlreichen Veranstaltungen uns dabei unterstützen. Das heißt, wir erwarten die Keynotes unserer internationalen Gäste ebenso wie unsere Preisträger*innen und die Plenar-, Sektions-, Ad-hoc- und Author-meets-Critics-Veranstaltungen.

Die Entscheidung, den Kongress in Gänze digital durchzuführen, ist uns nicht leicht gefallen, aber die diskutierten Alternativen erwiesen sich allesamt als nicht durchführbar. Eine Verschiebung des Kongresses in Präsenz in Berlin um ein halbes bzw. ein ganzes Jahr scheidet aus unterschiedlichen Gründen an der terminlichen Machbarkeit (Raumproblem, Überschneidung mit Kongressen anderer – nationaler wie internationaler – Fachverbände). Ein hybrider und damit kleinerer Kongress, teilweise in Präsenz, teilweise digital, stellte uns nicht nur vor die Frage, ob dies im Herbst schon möglich sein wird, sondern auch, welche Formate in der einen und welche in der anderen Form durchzuführen wären, wer vor Ort sein dürfte und wer nicht – und wer das entscheiden sollte.

Einen so großen Kongress nun digital durchzuführen, ist in Zeiten von Covid-19 nicht nur eine pragmatische Alternative, sondern auch eine spannende Herausforderung! Wir sind optimistisch, aber auch darauf angewiesen, dass Sie alle bereit sind, uns bei dieser Herausforderung zu unterstützen und gemeinsam mit uns den Kongress zu realisieren. Wir hoffen, wie gesagt, die meisten der geplanten Formate realisieren zu können, und so wird es womöglich auch eine digitale Version der Kongress-Party geben, der Sie sich dann von zu Hause zuschalten können.

Alle diejenigen, die uns sonst im Rahmen der Verlagsausstellung unterstützen, Verlage und Softwarefirmen, Institute, Vereine, Verbände, Initiativen, Forschungsprogramme, laden wir ebenso herzlich ein, sich mit digitalen Formaten zu beteiligen.

Ein solcher digitaler Kongress wird einen kleineren ökologischen Fußabdruck haben als ein Kongress in Präsenz, auch wenn die Energie, die für die Server, Smartphones, Laptops etc. aufgebracht werden muss, nicht zu unterschätzen ist. Andererseits wird es möglich sein, sich als Teilnehmer*in des Kongresses immer mal wieder auszuklinken, oder anders, sich in dem zeitlich entzerrten Angebot – der Kongress wird über zwei Wochen gehen – mehr Veranstaltungen auszuwählen, die interessieren. Die meisten der Veranstaltungen werden nicht als Stream, sondern interaktiv durchgeführt werden, das heißt, Ihre kritischen Beiträge sind möglich und sehr erwünscht.

Die konkreten Planungen kommen nun in die heiße Phase und hier bitten wir Sie erneut um ein wenig Geduld. Wir informieren Sie, sobald die nötigen Vorbereitungen getroffen sind. Teilnahmebeiträge werden wir erheben müssen, aber deutlich geringere als für den Präsenzkongress. Die für die unterschiedlichen Formate passenden Software-Zertifikate müssen beschafft werden, die digitale Betreuung in den beiden Wochen muss organisiert werden. Ein digitaler Kongress bedarf ähnlicher Vorbereitung wie ein Präsenzkongress.

Wir bitten Sie nun auch, die Planungen für den Kongress fortzuführen. Wir erwarten – wie geplant – bis zum 31. Mai 2020 die Abstracts Ihrer Vortragenden. Weitere Informationen und den Link zu conftool finden Sie dazu auf der Kongresshomepage www.kongress2020.sozioologie.de.

Im Namen des Vorstands und des Koordinationsteams freuen wir uns, Sie auf dem Kongress ›Gesellschaft unter Spannung‹ begrüßen und mit Ihnen gemeinsam den so dringlichen Beitrag der Soziologie zu den gesellschaftlichen Verfasstheiten der Epoche leisten zu können. Die Eröffnungsveranstaltung wird, wie geplant, am Montag, den 14. September 2020, ab 17 Uhr stattfinden. Wir sehen uns – im Netz!

Im Namen des Vorstands und des Koordinationsteams

Birgit Blättel-Mink und Hubert Knoblauch

12. Mai 2020

Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zu Beschäftigungsverhältnissen in der Wissenschaft

Gesellschaftliche Dynamiken machen vor der Wissenschaft nicht halt. In den letzten Jahrzehnten haben staatliche (De-)Regulierungen, Aktivierungspolitiken und neue Formen von »governance« sowie eine zunehmende Ökonomisierung die Bildung im Allgemeinen und die Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen im Besonderen geprägt. Im Sinne eines »akademischen Kapitalismus« verschärft sich der Wettbewerb um Forschungsgelder und Stellen bei gleichzeitiger Unterfinanzierung der Hochschulen fortwährend. Eine wesentliche Folge ist die Prekarisierung von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen in der akademischen Forschung und Lehre. In jüngerer Vergangenheit wird diese Situation vermehrt öffentlich debattiert und kritisiert. Auch die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) sieht diese Entwicklungen mit Sorge und fordert ein Umdenken in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie strukturelle Veränderungen im deutschen Wissenschaftssystem. Entsprechende Reformen dürfen nicht bei der äußerst zurückhaltenden jüngsten Neuregelung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes im Jahr 2016 stehen bleiben. Am stärksten treffen die genannten Entwicklungen den sogenannten akademischen Mittelbau – die bei Weitem größte Beschäftigtengruppe an wissenschaftlichen Einrichtungen. Für sie sind die Beschäftigungsperspektiven in der Wissenschaft schwer zu planen.

Die überwiegende Mehrheit der an wissenschaftlichen Hochschulen arbeitender Wissenschaftler*innen sieht sich mit (meist unfreiwilliger) Teilzeitbeschäftigung, Befristung, Kettenverträgen und nicht sozialversicherungspflichtigen Stipendien konfrontiert. Ein Blick in die Personalstatistik der Hochschulen belegt die verschärfte Konkurrenzsituation des Mittelbaus in der deutschen Wissenschaft eindrücklich: Von 2008 bis 2018 hat sich die Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter*innen an deutschen Universitäten um 49.316 (von 127.594 auf 176.910) Personen vergrößert. Von dieser Entwicklung ist auch die Soziologie betroffen (von 1.231 auf 1.735). Der weit überwiegende Teil der Mitarbeiter*innen wird über Drittmittel finanziert, mehr als die Hälfte der im Rahmen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes abgeschlossenen Verträge hat eine Laufzeit von weniger als einem Jahr. Dagegen wurde die Zahl der Professor*innen (ohne Juniorprofessor*innen) in der gleichen Zeit nur um 2.806 (von 20.349 auf 23.155)

erhöht. Parallel wurden unbefristete Stellen abseits der Professur immer weiter abgebaut. Im internationalen Vergleich weist Deutschland einen äußerst geringen Anteil an festen Stellen im Wissenschaftssystem auf, konkret derzeit ca. 15 % im Mittelbau. Vom wissenschaftlichen und künstlerischen Personal unter 45 Jahren sind gar 93 % befristet beschäftigt.

Obwohl also eine erfreuliche Ausweitung der Stellen an den wissenschaftlichen Hochschulen zu verzeichnen ist, hat die seit jeher hohe berufliche Unsicherheit in den letzten Jahren noch einmal zugenommen. Die Zuspitzung der Wettbewerbssituation um die Professur als dominante langfristige Karriereoption ist angesichts der Internationalisierung und Pluralisierung im Feld der Wissenschaft nicht nur völlig unsach- und unzeitgemäß, sie nimmt zudem inzwischen dysfunktionale und destruktive Formen an, die letztlich immer mehr sehr gut ausgebildete, talentierte und engagierte Wissenschaftler*innen ausschließen. Dies betrifft auch mögliche alternative Karriereoptionen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen und an Fachhochschulen. Diese Entwicklungen sind allerdings gestalt- und steuerbar. Lange Zeit ließ sich die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern als Erklärungsansatz für manche Blockade heranziehen. Seit der Lockerung des Kooperationsverbots im November 2014 ist der Weg für ein stärkeres Engagement des Bundes frei. Mit dem im vergangenen Jahr abgeschlossenen »Zukunftsvertrag Forschung und Lehre« gibt es eine konkrete finanzielle Grundlage für eine Verbesserung von Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft. Bei der Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen in Ländern und Universitäten muss maßgeblich sein, dass Daueraufgaben durch Dauerstellen abgedeckt werden.

Die DGS schließt sich der Forderung der Hochschulrektorenkonferenz nach einer Ausweitung der Grundfinanzierung und mehr unbefristeten Stellen sowie den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zu einer Neuordnung der Karrierewege in der Wissenschaft durch die Einführung von Tenure-Track-Professuren (mit entsprechender Ausstattung), einen Zuwachs an Professuren insgesamt und die Etablierung des Karriereziels einer unbefristeten Beschäftigung als Wissenschaftler/in an.

Es ist aber nicht nur die Wissenschaftspolitik gefordert. Auch die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen können viel tun, wie zum Beispiel die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Hochschulsystemen sowie hinsichtlich Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen zu erhöhen. Der aus dem Templiner Manifest hervorgegangene Herrschinger Kodex der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

(GEW) zeigt, wie eine Selbstverpflichtung der Hochschulen für bessere Beschäftigungs- und Qualifizierungsbedingungen aussehen kann. Hochschulen sollten ihre gewachsene Autonomie zur Verbesserung der internen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen einsetzen. Vor diesem Hintergrund lehnt die DGS die »Herabsetzung« der Arbeit des wissenschaftlichen Mittelbaus zu bloßer (Selbst?-)Qualifikation und die Forderung nach einer »Entwicklung« von Befristungsmöglichkeiten ab, die jüngst unter dem Titel der »Bayreuther Erklärung« von der Kanzler*innenvereinigung veröffentlicht wurde. Der wissenschaftliche Mittelbau wird unter anderem für die Erledigung von Lehraufgaben, aber auch für die Gremienarbeit dringend benötigt. Die DGS setzt sich in diesem Zusammenhang für den Erhalt der Gruppenuniversität ein.

Nicht zuletzt sind auch alle Wissenschaftler*innen dazu aufgefordert, ihr berufliches Handeln zu reflektieren und ihre Handlungsspielräume im Sinne der Beschäftigten zu nutzen. Der notwendige Strukturwandel läuft ohne einen begleitenden arbeitskulturellen Wandel ins Leere. Hierzu gehört auch die aktive, selbst-reflexive Auseinandersetzung mit Formen und Effekten des beruflichen Ausschlusses im deutschen akademischen Feld: Wenn sich die Beschäftigungssituation wie beschrieben massiv prekarisiert, sind manche Gruppen besonders betroffen, etwa junge Wissenschaftler*innen aus nicht akademischen Milieus oder Menschen mit Migrationshintergrund. Auch Frauen sind nach wie vor von prekären Arbeitsbedingungen an Universitäten und Hochschulen in besonderem Maße betroffen.

Die DGS ist der Auffassung, dass die autonome und innovative wissenschaftliche Wissensproduktion von destruktiver Ökonomisierung, vermeintlich marktförmigen Wettbewerbsmodellen und einer strukturell bedingten Prekarisierung des Personals bedroht ist. Kooperation und Planbarkeit sind grundlegende Bedingungen wissenschaftlichen Arbeitens und fördern die Qualität von Forschung und Lehre. Die DGS setzt sich deshalb zukünftig weiterhin nachdrücklich für die Verbesserung der Beschäftigungssituation von Soziolog*innen an deutschen Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen ein. Sie fordert ihre Mitglieder dazu auf, bestehende Handlungsspielräume zur konkreten Verbesserung der Beschäftigungssituation von Promovierenden, Postdocs, Privatdozent*innen und Lehrbeauftragten zu nutzen. Dazu gehört, für Doktorand*innen mindestens 65 %-Stellen vorzusehen und für Postdocs 100 %-Stellen, auf Arbeitsverträge unter drei Jahren zu verzichten und Übergangszeiten (zum Beispiel zwischen Abgabe der Qualifikationsarbeit und mündlicher Prüfung) sozial verträglich

zu gestalten. Darüber hinaus unterstützt sie die Schaffung von Dauerstellen für Daueraufgaben und fordert die Hochschulleitungen dazu auf, die Mittel des Zukunftsvertrags in diesem Sinne einzusetzen. Gute Wissenschaft ist nicht zuletzt das Resultat guter Arbeitsbedingungen.

27. Mai 2020

Quellen

- Gassman, F. 2020: Befristete Beschäftigung von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Hochschulen in Deutschland – Eine erste Evaluation der Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Frankfurt am Main: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.
- GEW 2012: Herrschinger Kodex. Gute Arbeit in der Wissenschaft. Ein Leitfaden für Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Frankfurt am Main: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. www.gew.de/wissenschaft/herrschingerkodex/, letzter Aufruf 26. Mai 2020.
- Hochschulrektorenkonferenz 2019: Evaluation Wissenschaftszeitvertragsgesetz und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Empfehlung der 27. HRK-Mitgliederversammlung vom 19.11.2019. www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/evaluation-wissenschaftszeitvertragsgesetz-und-foerderung-des-wissenschaftlichen-nachwuchses/, letzter Aufruf 26. Mai 2020.
- Jongmanns, G. 2011: Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG). Gesetzevaluation im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. HIS: Forum Hochschule, Band 4.
- Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs (Hg.) 2017: Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2017. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland. Bielefeld: wbv.
- Kreckel, R., Zimmermann, K. 2014: *Hasard oder Laufbahn*. Akademische Karrierestrukturen im internationalen Vergleich. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt.
- Münch, R. 2011: *Akademischer Kapitalismus*. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rubins, I. 2007: Risks and Rewards of Academic Capitalism and the Effects of Presidential Leadership in the Entrepreneurial University. *Perspectives in public affairs*, vol. 4, 3–18.
- Slaughter, S., Rhoades, G. 2004: *Academic Capitalism and the New Economy*. Markets, State, and Higher Education. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) 2009: *Bildung und Kultur*. Personal an Hochschulen 2008. Fachserie 11 Reihe 4.4. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) 2019: *Bildung und Kultur*. Personal an Hochschulen 2018. Fachserie 11 Reihe 4.4. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

- Vereinigung der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands 2019: Bayreuther Erklärung zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen mit wissenschaftlichem und künstlerischem Personal in Universitäten. www.uni-kanzler.de/fileadmin/user_upload/05_Publikationen/2017_-_2010/20190919_Bayreuther_Erklarung_der_Universitaetskanzler_final.pdf, letzter Aufruf 26. Mai 2020.
- Wissenschaftsrat 2019: Wissenschaftlicher Nachwuchs und Karrierewege. www.wissenschaftsrat.de/DE/Aufgabenfelder/Wissenschafts_und_Hochschulsystem/Personal_und_wissenschaftlicher_Nachwuchs/wissenschaftlicher-nachwuchs_karrierewege/wissenschaftlicher-nachwuchs_karrierewege.html, letzter Aufruf 26. Mai 2020.

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

Dr. Laura Affolter, Hamburg
Dipl.-Soz. Agnieszka Althaber, Berlin
Dr. rer. pol. Ufuk Altun, Düsseldorf
Kamil Bembnista, M.A., Erkner
Dr. phil. Hannah Bennani, Tübingen
Dr. Pascal Berger, Aachen
Dipl.-Soz. Clemens Blümel, Berlin
Dr. Robert Brumme, Rostock
Dr. Mareike Bünning, Berlin
Lotte Franziska Cooman, M.A., Berlin
Dr. Nadja Dörflinger, Dortmund
Dr. Susanne Drescher, Duisburg
Dr. Daniel Drewski, Berlin
Kristina Enders, Köln
Baris Ertugrul, Bielefeld
Dr. Alejandro Esguerra, Bielefeld
Dr. Burim Fejza, Neisenheim
Dr. des. Oskar Ilja Fischer, München
Eva Fleischmann, München
Johanna Fröhlich, M.A., Oldenburg
Dr. phil. Johanna Gold, Bielefeld
Christopher Grieser, M.A., Berlin
Lukas Griessl, Bad Endorf
Dr. Hanna Haag, Görlitz
Dr. Steffen Hamborg, Oldenburg
Greta Hartmann, M.A., Leipzig
Prof. Dr. Christine Hentschel, Hamburg
Maurits Heumann, Frankfurt am Main
Annette Hilscher, M.A., Frankfurt am Main
Marco Hohmann, M.A., Hamburg
Max Lionel Ischebeck, Hannover

PD Dr. phil. Tobias Köllner, Magdeburg
Karina Korecky, M.A., Freiburg
Dr. Ina Krause, Freital
Dr. Sara Lafuente-Funes, Frankfurt am Main
Juliane Lang, M.A., Berlin
Dr. Markus Lange, Berlin
Mina Mittertrainer, München
Dr. Bastian Mönkediek, Kleve
Benedikt Müller, M.A., Essen
Dr. Michael Nguyen, Hamburg
Dr. Robert Pelzer, Berlin
PD Dr. Andreas Pettenkofer, Berlin
Dipl.-Soz. Melanie Pierburg, Hildesheim
Prof. Dr. Dominik Pietzcker, Berlin
Dipl. Pol. Fabian Pittroff, M.A., Kassel
Dr. Jörg Pohle, Berlin
Julian Polenz, M.A., Bamberg
Dr. Yannik Porsché, München
Ralf Rapior, Bielefeld
Dr. Vanessa Rau, Berlin
Anne Rauber, M.A., Münster
Dr. Mareike Reimann, Bielefeld
Felix Roßmeißl, M.A., Frankfurt am Main
Dr. Tim Sawert, Berlin
Hannah Schilling, M.A., Berlin
Daniel Schnarr, M.A., Potsdam
Dr. Anna-Lena Schönauer, Bottrop
Prof. Dr. Franz Schultheis, Kreuzlingen
Lena Schulz, M.A., Göttingen
Angelika Schwarz, M.A., München
Dr. Helge Schwiertz, Hamburg
Dr. Anja Seiffert, Berlin
Daniel Staemmler, M.A., Berlin
Prof. Dr. Karin Stögner, Wien
Prof. Dr. Holger Straßheim, Berlin
Dr. Jędrzej Sulmowski, Lüneburg
Dr. Rocío Elizabeth Vera Santos, Berlin
Ina Weigelt, M.A., Leipzig

Sarah Weingartz, MSc, Köln
Dr. Michael Weinhardt, Berlin
Prof. Dr. Sabrina Zajak, Berlin
Prof. Dr. Katharina Zimmermann, Berlin
Dr. Andrea zur Nieden, Freiburg

Neue studentische Mitglieder

Oliver Brune, Bochum
Cosima Langer, Berlin
Bülent Levent, İnegöl-Bursa (Türkei)
Salma Soukayna Mekkes, Berlin
Constantin Winkler, Berlin

Austritte

Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld, Bamberg
Ardesia Calderan, Offenbach am Main
Prof. Dr. Winfried Gebhardt, Koblenz
Fabian Lütke, Hannover
Dr. Georgios Papastefanou, Mannheim
Prof. Dr. Merlin Schaeffer, Kopenhagen
Dr. Sabrina Schöttle, Düsseldorf
Birgit Schulte, M.A., Fürth
Luisa Antonie Streckenbach, Münster
Ferenc Vasvari, Seelze
Julia Vogel, Marburg
Thomas Wuttke, Eichstätt

Verstorben

Prof. Dr. Dieter Holtmann, Potsdam
Johannes Vorherr, Karlsruhe
Prof. Dr. Andreas Feige, Braunschweig